

An die Vertreterinnen
und Vertreter der Medien

Landesvertretung
der Schülerinnen und Schüler
in Rheinland-Pfalz

Kaiserstr. 26-30
55116 Mainz

Fon: (06131) 23 86 21
Fax: (06131) 23 87 31

Mail: info@lsvrlp.de
Web: www.lsvrlp.de

Mainz, 4. Dezember 2008

- 2 Seiten -

PRESSEMITTEILUNG der LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz
zum Thema Demokratieerziehung in der Schule

„LehrerInnen, handelt!“ - Statt leerer Worte durch konkrete Aktionen Demokratie stärken!

Die Landesvertretung der Schülerinnen und Schüler Rheinland-Pfalz nimmt Stellung zum Aufruf verschiedener Bildungsministerien zur Förderung der Demokratieerziehung.

Die Forderungen der Bildungsministerien erfolgten anlässlich der heutigen Sitzung der Kultusministerkonferenz.

„Demokratie heißt Erleben, heißt Mitbestimmen, heißt Handeln“, so Julian Knop, Außenreferent der LandesschülerInnenvertretung. „Als LandesschülerInnenvertretung fordern wir das schon seit geraumer Zeit für die Schule. Denn wir wissen: Nur wer Demokratie erlebt, kann Demokrat und Demokratin werden. Kaum eine Entscheidung im täglichen Schulleben wird wirklich demokratisch getroffen - da ist die Sorge vor Entdemokratisierung der Gesellschaft unserer Bildungspolitik und Bildungspolitikern ganz realistisch.“

Der Vertretung der Schülerinnen und Schüler gehen insofern die Ansätze der geplanten Stärkung der Demokratieerziehung durch erweiterten Geschichtsunterricht und besondere Auszeichnungen nicht weit genug, ebenso wird die generelle Einstellung des Ministeriums bezüglich Demokratie an Schulen kritisiert.

„Vielmehr fordern wir Schülerinnen und Schüler eine echte Mitbestimmung an Stelle einer Mitwirkung, die für uns häufig nur Rederecht bedeutet. Laut dem rheinland-pfälzischen

Schulgesetz haben im höchsten Beschluss fassenden Gremium der Schule, der Gesamtkonferenz, Schülerinnen und Schüler keine Stimme“, so Inga Wellstein aus dem Landesvorstand.

„Nichtsdestotrotz freuen wir uns aber über die geplante Stärkung der KreisschülerInnenvertretungsstrukturen. Wir, die LandesschülerInnenvertretung, gründen gerade die ersten Vertretungen auf kommunaler Ebene. Mit der Bekundung diese zu stärken, sehen wir das Ministerium in der Pflicht, uns etwaige Hürden aus dem Weg zu räumen und uns aktiv zu unterstützen“, so Matthias Köberlein, Pressesprecher der LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz.

Die Vertreterinnen und Vertreter sehen jedoch auch, dass ein Bedürfnis nach mehr Informationen zur Demokratie vorhanden ist. Dies würde jedoch nicht nur den Geschichtsunterricht umfassen. „Wir haben ein Fach in der Schule, das perfekt wäre, um Demokratie zu unterrichten und sie Schülerinnen und Schülern nahe zu bringen: den Sozialkundeunterricht. Dieser wird zurzeit jedoch erst ab der 9. Klassenstufe unterrichtet, und das in einem Umfang, dass Schülerinnen und Schüler nur das Größte wissen“, so Wellstein weiter.

Die Vertretung der Schülerinnen und Schüler setzt sich für einen Sozialkundeunterricht ab der 5. Klassenstufe ein. Dieser soll umfangreicher mit Demokratieerziehung besetzt werden und auch SchülerInnenvertretungsstrukturen, die demokratischen Organe der SchülerInnen an Schulen, verstärkt beinhalten. Nur so könne richtige Beteiligung gestärkt werden.

„Trotz allem freuen wir uns, dass das Ministerium die Notwendigkeit der Demokratieerziehung in der Schule erkennt. Dennoch ist es wichtig, dass es bei bloßer Theorie allein nicht bleiben darf. Dass dabei mindestens die nun gegebenen Versprechen umgesetzt werden, werden wir kritisch verfolgen“, so Julian Knop.

Bei Fragen oder Anmerkungen wenden Sie sich bitte an unseren Pressereferenten Matthias Köberlein, Handy: 0178/8993804 (außerhalb der täglichen Schulzeiten), E-Mail: presse@lsvrlp.de